



Bauarbeiten in Wasserschutzgebieten, Zone III, III A und III B

In der örtlichen Zuständigkeit des Rhein-Neckar-Kreises, Wasserrechtsamt

1. Allgemeines

- Das Bauvorhaben liegt innerhalb eines Wasserschutzgebiets. Die Schutzbestimmungen der geltenden Wasserschutzgebietsverordnung sind zu beachten.
- Die Baustelleneinrichtung und die eigentlichen Bauarbeiten sind so auszuführen, dass eine Verunreinigung der Oberflächengewässer und des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung ihrer Eigenschaften verhütet wird.
- Bei der Baustelleneinrichtung und der Baudurchführung sind die einschlägigen Gesetze und Verordnungen zum Boden-, Grundwasser- und Gewässerschutz sowie die Verbotsbestimmungen der Rechtsverordnung zum Schutz der Wassergewinnungsanlage zu beachten. Die zu treffenden Schutzmaßnahmen sind in die technischen Vorbemerkungen zu den Leistungsverzeichnissen aufzunehmen.
- Abwasserkanäle und -leitungen in Wasserschutzgebieten sind entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu planen, zu bauen, zu prüfen und zu betreiben. Insbesondere das Arbeitsblatt DWA-A 142 „Abwasserleitungen und -kanäle in Wassergewinnungsgebieten“ ist zu beachten. Die aus dem Regelwerk abgeleiteten Maßnahmen müssen in den Planunterlagen nachvollziehbar dargestellt werden.
- Es dürfen nur Materialien und Baustoffe verwendet werden, die der Gütekontrolle unterliegen bzw. deren Eignung zur Verwendung in Wasserschutzgebieten nachgewiesen ist.
- Der Beginn der Baumaßnahme ist dem Wasserrechtsamt spätestens 7 Tage im Voraus, das Ende spätestens 1 Woche nach Abschluss aller Arbeiten schriftlich anzuzeigen.
- Es ist eine Handlungsanweisung aufzustellen in der auf die Lage in einem Wasserschutzgebiet und auf die Gefahr einer Trinkwasserverunreinigung hingewiesen wird. Weiter ist darin zu bestimmen, wie bei einem Havariefall zu handeln ist, um eine nachteilige Einwirkung auf die Schutzgüter Boden und Wasser abzuwenden und an wen die entsprechenden Meldungen abzusetzen sind.

Die Mitarbeiter der eingesetzten Firmen sind von der verantwortlichen Bauleitung auf die Handlungsanweisung hinzuweisen, die an gut sichtbarer und dauernd zugänglicher Stelle auf der Baustelle angebracht werden muss.

2. Baustelleneinrichtung

- Baustofflager sind bevorzugt auf befestigten Flächen einzurichten.
- Die Kraftstoffanlagen und Hydrauliksysteme von Baumaschinen und Fahrzeugen sind vor ihrem erstmaligen Einsatz und während des Betriebes täglich durch die Verantwortlichen auf Dichtigkeit zu prüfen. Undichtheiten sind unverzüglich abzustellen.
- Der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ohne entsprechende Schutzvorkehrung gegen einen Eintrag dieser Stoffe in den Boden, ist unzulässig. Das Betanken, das Warten und das Reinigen von Maschinen und Fahrzeugen dürfen nur auf befestigten Flächen erfolgen.

- Ausgelaufene wassergefährdende Flüssigkeiten sind unverzüglich zu binden, restlos aufzunehmen und entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu entsorgen. Hierzu ist Ölbindemittel in ausreichender Menge bereitzuhalten.
- Geräte, Werkzeuge, Maschinen und Fahrzeuge, die zuvor in einer mit Schadstoffen belasteten Baustelle eingesetzt waren, müssen einer Grundreinigung unterzogen worden und frei von jeglichen Schadstoffen sein.
- Am Ende eines Arbeitstages, am Wochenende oder sonstigen mehrtägigen Arbeitsunterbrechungen sind Maschinen und Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren auf Flächen außerhalb des Baufeldes, bevorzugt auf befestigten Flächen abzustellen.
- Toiletten- und Sanitäranlagen müssen entweder mit dichten Behältern ausgestattet und vor umfahren bzw. umkippen gesichert werden oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen sein.

3. Bauausführung

- Maßnahmen, die ein dauerhaftes Vermindern oder Durchstoßen von Deckschichten zur Folge haben, sind nicht zulässig. Dies ist insbesondere bei der Planung von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser zu berücksichtigen. Ausgenommen sind vorübergehende Eingriffe in Deckschichten, wenn ihre Schutzfunktion anschließend mindestens gleichwertig wiederhergestellt wird.
- Beim Bauvorhaben darf nur unbelastetes Bodenmaterial verwendet werden. Fremdmaterial ist vor dem Einbau von einem Bodengutachter auf seine Eignung und evtl. vorhandene Belastung mit Schadstoffen zu kontrollieren. Werden Maßnahmen zur Bodenverbesserung erforderlich, sind diese zuvor mit dem Wasserrechtsamt abzustimmen.
- Bei der Verwendung von Baureststoffen oder Recyclingmaterial sind die Vorgaben der Ersatzbaustoffverordnung vom 9. Juli 2021 entsprechend zu beachten. Wir verweisen insbesondere auf die Anzeigepflicht nach § 22 der genannten Verordnung.
- Wird beim Ausheben der Baugruben verunreinigtes Erdreich festgestellt, ist das Wasserrechtsamt zu benachrichtigen. Der verunreinigte Boden ist entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu entsorgen.

4. Sonstiges

- Die folgenden Vorhaben sind dem Wasserrechtsamt rechtzeitig vor Baubeginn anzuzeigen:
 - Entnahme von Grundwasser
 - Bohrungen in den Grundwasserleiter
 - Einbringen von Stoffen (z. B. Beton) ins Grundwasser

Die Anzeige ist dem Wasserrechtsamt formlos mit allen für die Beurteilung notwendigen Unterlagen und Angaben vorzulegen.

Alle Arbeiten, die sich nachteilig auf die Grundwasserbeschaffenheit auswirken können, erfordern eine wasserrechtliche Erlaubnis. Hierzu zählen insbesondere Grundwasserabsenkungen. Mit den Arbeiten darf nicht vor Erteilung der Erlaubnis begonnen werden.

- Die unvorhergesehene Erschließung von Grundwasser haben der Vorhabenträger sowie der mit den Arbeiten Beauftragte dem Wasserrechtsamt unverzüglich mitzuteilen. Die Arbeiten, die zur Erschließung geführt haben, sind einstweilen einzustellen. Das Wasserrechtsamt trifft die erforderlichen Anordnungen.

Heidelberg, Mai 2024

Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis – Wasserrechtsamt –, Kurpfalzring 106, 69123 Heidelberg
Telefon: 06221/ 522-1725 und 2131, Telefax 06221/ 522-1272, Wasserrechtsamt@Rhein-Neckar-Kreis.de